

Fokus 4/18

vpod  ostschweiz



NELO, WIE WEITER?

Der VPOD ist mit der Antwort der Regierung auf den offenen Brief überhaupt nicht zufrieden. Statt konkrete Antworten auf unsere Forderungen zu geben, versucht sich der Regierungsrat mit allgemeinen Floskeln herauszuwinden.

Eine Antwort auf die Antwort (S.2)

Vorstandsmitglieder gesucht (S.3)

Integration Regelklassen (S.4)

Frauen*streik 2019 (S. 6)

Umkleiden ist Arbeitszeit (S.7)

Gesundheitskonferenz 2019 (S.8)

Umfrage: Umkleiden ist Arbeitszeit:
Nimm teil, mach mit!

REAKTION AUF DIE ANTWORT DER REGIERUNG ZUM OFFENEN BRIEF VON FRED REUTLINGER-EHRBAR

Geehrter Herr Regierungspräsident
Geehrte Frau Regierungsrätin
Geehrte Herren Regierungsräte
Geehrter Herr Staatssekretär

Besten Dank für Ihre Antwort auf den "Offenen Brief" vom 9. Oktober 2018, den ich zusammen mit 1023 Kolleginnen und Kollegen unterzeichnet hatte. Ich habe Ihre Antwort zur Kenntnis genommen und bin über Ihre Reaktion empört. In Ihrem Schreiben gehen Sie in keiner Weise auf die Bedenken, Ängste, Verletzungen und Ansprüche der 1024 unterzeichneten Staatsangestellten ein.

Sie bestehen weiterhin darauf, dass bei der Entwicklung und Umsetzung von NeLo nur ganz gewöhnliche, für solche komplexen Grossprojekte übliche Probleme aufgetreten seien. Keinesfalls lassen Sie Mängel an der Projektführung gelten, obschon diese von 1024 Mitunterzeichnenden wahrgenommen und beklagt wurden. Vielmehr rechtfertigen Sie von A bis Z Ihre eigene Handlungsweise und diejenige der Projektverantwortlichen. In Bezug auf die Kommunikation räumen Sie zwar ein, dass die Informationen nicht überall in ausreichendem Masse angekommen seien. Die Gründe dafür wollen Sie dann nach der Einführung des NeLo genau analysieren. Ihre ganze Argumentation deutet meiner Meinung nach nicht darauf hin, dass Sie unsere Anliegen, Hoffnungen und Bedürfnisse verstehen oder verstehen wollen. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass Sie das sperrige, langwierige Projekt endlich abschliessen wollen.

Bei der Diskussion über die Abschaffung des Beamtenstatus wurde von der Seite des Personals immer wieder befürchtet, dass der öffentliche Arbeitgeber (Regierung, Kantonsrat, Personalamt) nicht in der Lage sein wird, den Wechsel, weg vom hoheitlichen Handeln aus einer über-

geordneten Position heraus, hin zu partnerschaftlichem Handeln auf Augenhöhe, innert nützlicher Frist zu vollziehen. Schon damals verlangten die Vertreter des Personals Gesamtarbeitsverträge für alle nicht beamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gesamtarbeitsverträge werden paritätisch ausgearbeitet. Dies hätte beiden Parteien Augenhöhe abverlangt. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer hätten so den nötigen Paradigmenwechsel vollziehen müssen. Arbeitsverträge werden heute zwar einvernehmlich unterzeichnet, die dafür nötige gleiche Augenhöhe in personellen Angelegenheiten wurde seit über zwanzig Jahren nicht erreicht.

Keine der vielen Änderungen des Personalrechts – seit der Abschaffung des Beamtenstatus – wurde nicht dialogisch beraten oder gar paritätisch ausgehandelt. Gelegentlich wurden Minderheitsvertretungen des Personals nach unklaren Regelungen in die Beratung miteinbezogen, andere Male wurden sie aus ebenso obskuren Gründen erst gar nicht zur Beratung eingeladen. Es ist auch schon vorgekommen, dass die Personalvertretungen noch nicht einmal im Rahmen von Vernehmlassungen zu Änderungen angehört wurden. Solche Beispiele zeugen nicht davon, dass der öffentliche Arbeitgeber, der Kanton St.Gallen, die sozialpartnerschaftlichen Grundsätze wirklich verinnerlicht hat. In der Projektführung von NeLo haben sich all meine damaligen Befürchtungen mehr als bewahrheitet, denn der Übergang zu einem neuen Lohnsystem war damals schon Thema.

Sie verweisen in Ihrem Schreiben auf die über 4000 Briefe, die Sie am 20. März an das Gros der Mitarbeitenden versendet haben. Mit diesen Briefen wollten Sie diese informieren und auch Klarheit schaffen; denn auf Grund der Aussetzung des Stufenanstiegs per



1. Januar 2018 bauten sich beim Personal zunehmend grosse Zweifel und schwerwiegende Befürchtungen bezüglich der Einführung von NeLo auf.

Wenn Sie jetzt dagegenhalten, dass drei Viertel der Angeschriebenen nicht unterzeichnet haben und somit mit den Informationen und mit NeLo zufrieden seien, kann Ihnen das niemand verwehren – auch wenn völlig andere Einschätzungen möglich wären. Wenn Sie aber daraus schliessen, Sie dürften deshalb diese 1024 wohlgesinnten Mitarbeitenden mit einem fadenscheinigen Rechtfertigungsbrief abspeisen, dann nehmen Sie uns und unsere Anliegen nicht ernst.

Ein weiteres Mal bleiben Sie in diesem Antwortschreiben dem gesamten Personal – auch denen, die den offenen Brief nicht unterzeichnet haben – die verdiente Wertschätzung und den nötigen Respekt schuldig.

Wenn 1024 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich darüber beklagen, dass sie wenig Wertschätzung von ihrem Arbeitgeber erfahren und dass sie darüber verletzt sind, dann ist das als Hilferuf kurz vor der Resignation und der inneren Kündigung zu verstehen. Wenn dieses hilflose Rechtfertigungsschreiben Ihre einzige Reaktion auf unseren Aufschrei ist, dann nehmen Sie als Kollateralschaden in Kauf, dass viele ehemals hochmotivierte, bestqualifizierte Mitarbeitenden bei der erstbesten Gelegenheit zu Arbeitgebern wechseln, die einen respektvolleren Umgang mit ihrem Personal pflegen.

Selbst nach 29 Dienstjahren und unzähligen, ähnlichen Erfahrungen hoffe ich weiterhin auf eine bessere Sozialpartnerschaft und einen respektvolleren Umgang.

Fred Reutlinger-Ehrbar

Stellungnahme des VPOD Ostschweiz

Die Regierung ist nicht bereit, auf unsere Forderungen einzugehen, also müssen wir schauen, wie wir auf einem anderen Weg zum Ziel kommen.

Die Gruppe Verwaltung wird sich am 13. Dezember mit dem «wie weiter» befassen. Im Vordergrund steht, wie in den Medien bereits angekündigt, eine Klage. Dafür braucht es rechtliche Abklärungen, bevor eine definitive Entscheidung gefällt werden kann. Bei dieser möglichen Klage geht es in der Hauptsache um die nicht nachvollziehbaren Einstufungen in die Referenzfunktionen. Da die Regierung nicht bereit ist, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, müssen wir einen Weg finden, den Betroffenen trotzdem zu ihrem Recht zu verhelfen. Der Weg wird nicht einfach sein, aber wir wollen uns nicht einfach von Floskeln der Regierung abspeisen lassen.

Wir werden regelmässig im Fokus und unseren weiteren Kanälen – wie Webseite, Mail und Facebook – über den Stand der Dinge informieren.

WIR SUCHEN DICH!

Wir – Lisa, Philipp und Carsten – bilden den Vorstand der Gruppe Soziales des VPOD Ostschweiz.

Nachdem wir in diesem Jahr unsere Veranstaltung «Meine Arbeit, unser Austausch – von Profis für Profis» erfolgreich durchgeführt haben, waren wir uns einig, dass wir unseren Vorstand gerne erweitern möchten. Uns ist es wichtig, dass in diesem Gremium verschiedene soziale Institutionen aus dem ganzen Einzugsgebiet des VPOD Ostschweiz vertreten sind. Auf diese Weise möchten wir die verschiedenen Anliegen aus dem Sozialbereich aufnehmen und bearbeiten.

Wir treffen uns ca. alle zwei Monate zu einer Sitzung im VPOD-Sekretariat, um Projekte zu realisieren, die für euch anwendbar und nützlich sein sollen. Deshalb: Ohne dich geht nichts!

Wir würden uns freuen, wenn du dir einen Ruck gibst, um im Vorstand aktiv zu sein. So können wir gemeinsam die sozialen Institutionen im Kanton St. Gallen näher zusammenbringen.

Melde dich bei der Regionalsekretärin Maria Huber, maria.huber@vpod-ostschweiz.ch oder 071 223 80 43. Sie beantwortet dir gerne deine Fragen.



VPOD@Feuerwehr

“Integration in Regelklassen: Kann das gelingen?”

Ein berstend volles Waaghaus mit einem Publikum, das vorwiegend aus Lehr- und Fachpersonen besteht, zeigt an diesem frühen Dienstagabend eindrücklich, dass das Thema höchst aktuell ist und breite Kreise aus dem schulischen Umfeld beschäftigt.

Der Vorstand der Gruppe Bildung setzt sich schon seit längerem mit der Problematik der Integration in Regelklassen auseinander. Die Lehrpersonen äussern sich meist kritisch zum neuen System und dessen Rahmenbedingungen. Die Kritik fällt bei uns im Kanton St. Gallen nicht ganz so vehement aus wie im Kanton Zürich, ist aber Grund genug, sich intensiver damit zu befassen. Die Rückmeldungen von Lehrpersonen veranlassten den Vorstand denn auch, eine Veranstaltung mit Fachpersonen durchzuführen, bei der es darum geht, die Auswirkungen auf die am Prozess der Integration Beteiligten sowie die Begleiterscheinungen auszuleuchten.

Die Schweiz hat die UNO-Behindertenrechtskonvention von 2006 im Jahr 2014 ratifiziert. Es geht darum weniger um die Frage, ob die früheren Zustände wieder hergestellt werden sollen, als um die notwendigen Rahmenbedingungen, die das Gelingen der Integration von Kindern mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen in Regelklassen erst ermöglichen. Nicht zuletzt soll sich der Blick vor allem auch auf die Belastung der Lehrpersonen richten. Sie müssen heute fremdsprachige, verhaltensauffällige, lernschwache Kinder und Kinder mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen gleichzeitig unterrichten. Wie kommen sie damit zurecht?

Frau Dr. phil. Simona Altmeyer, Verfasserin der Studie „Wirksamkeit integrativer Regelklassen“, hält das Eingangsreferat. Sie nimmt vor allem zu den Inhalten ihrer Studie Bezug, welche sich auf die Beobachtung von 27 Mittelstufen-



Interessierte ZuhörerInnen im Waaghaus

klassen aus den Kantonen Zürich, St. Gallen und Schwyz bezieht. Sie legt dar, wie sich die integrativen Regelklassen auf die Leistungen und das Verhalten der Schülerinnen und Schüler auswirken, sowohl auf diejenigen mit als auch ohne besonderen Förderungsbedarf. Es kommt zum Ausdruck, dass es zwar weitgehend gelingt, Kinder mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen gut zu integrieren, aber nur teilweise diese auch gut zu qualifizieren. Laut Studie erreichen ein Drittel der nicht förderbedürftigen und zwei Drittel der förderbedürftigen Schüler in standardisierten Leistungstests das Minimalniveau in Mathematik und Deutsch nicht. Damit schneiden die Kinder schlechter ab als die repräsentative Stichprobe von 500 Schülern, über welche die Tests geeicht wurden. Gleichzeitig haben zwei Drittel der förderbedürftigen Schüler eine genügende Zeugnisnote in Mathematik, in Deutsch sind es drei Viertel. Kinder ohne Förderungsbedarf erreichen fast alle genügende Noten.

Das anschliessende Podium ergibt einen spannenden Einblick in die Befindlichkeit von Schulträgern, Schulleitern, Lehrpersonen und Personen mit heilpädagogischer Ausrichtung.

Marion Loher (freie Journalistin) führt anhand verschiedener Leitfragen durch den weiteren Abend. Das Podium ist besetzt mit Dr. Simona Altmeyer (wissenschaftliche Mitarbeiterin HfH), Susann Christen (Leiterin Sprachheilschule St. Gallen), Guido Etterlin (Schulpräsident, Kantonsrat SP, Rorschach), Hanspeter Krüsi (Schulleiter Primarschule Heimatbuchwald, St. Gallen), Katharina Müller (Heilpädagogin, Schulen Waldkirch-Bernhardzell) und Magdalena Zimmermann (Kindergartenlehrperson, Schule Wittenbach, Vorstand VPOD).

Die kontroverse Podiumsdiskussion nimmt einige Aussagen aus dem Referat auf. Dabei wird zum Beispiel deutlich, dass es nicht alleine an den Lehrpersonen liegt, wenn die Integration nicht vollumfänglich gelingt. Es braucht nebst den entsprechenden Massnahmen vor allem ein gutes Betreuungsteam, das mittels differenzierter Absprachen die Handlungsfelder bestimmt. Dies erfordert genügend zeitliche Ressourcen. Dass diese nicht in ausreichendem Masse vorhanden sind, wird mehrfach kritisiert.

Wo sind die Grenzen der Integration in Regelklassen zu ziehen? Katharina Müller

Fortsetzung Seite 5

ST.GALLEN
VERANSTALTUNG DER GRUPPE BILDUNG
AM 13. NOVEMBER 2018 IM WAAGHAUS

Fortsetzung von Seite 4

und Hanspeter Krüsi machen sich stark für eine selbstbewusste, zielorientierte Teilintegration. Frau Christen spricht sich dezidiert dagegen aus, auch Kinder mit schwereren Sprachstörungen in Regelklassen beschulen zu können. Für den Erfolg ist aus ihrer Sicht vor allem eine intensive und sehr frühe Förderung notwendig. Die Intensität einer solchen bedarfsgerechten Förderung kann mit begleitenden Fördermassnahmen in einer Regelklasse nicht hinreichend sichergestellt werden, sondern nur in einer Sprachheilschule.

Darum ist aus der Sicht mehrerer Podiumsteilnehmenden ausser Frage, dass auch weiterhin genügend Plätze in Sonderschulen sichergestellt sein müssen.

Nach Frau Altmeyer haben in Regelklassen integrierte Kinder mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen erhebliche Vorteile beim Wechsel in die berufliche Ausbildung, da sie im Laufe ihrer Schulbiografie ein «realistischeres» Selbstbild aufbauen können.

Der Blick in die Praxis zeigt aber, dass Lehrpersonen mit Kindern, die offensichtliche sonderpädagogische Bedürfnisse haben, vielfach allein gelassen werden.

Damit wird klar, dass am Mitteleinsatz für sonderpädagogische Massnahmen nicht gespart werden darf. In der anschliessenden Öffnung der Diskussion verdeutlicht sich, dass beteiligte Fachpersonen generell mehr

finanzierte Zeitgefässe brauchen, um die mit der Integration einhergehenden zeitintensiven, aber notwendigen Aufgaben (Elterngespräche, Team-Ab-sprachen etc.) bewältigen zu können. Insofern kommt damit zwar ein gewisser Leidensdruck zum Ausdruck, es wird aber auch gewürdigt, dass die entsprechenden Fachpersonen hoch motiviert sind und die Absprachen mit ihnen in den meisten Fällen einen reibungslosen Ablauf gewährleisten.

Gesamthaft betrachtet kann festgehalten werden, dass sich der ganze Bereich der Integration in Regelklassen in Bewegung befindet und immer wieder neu beurteilt werden muss.

Wir bleiben dran!

REGIERUNGSRATSWAHLEN APPENZELL AR

17. MÄRZ 2019

**Der VPOD
Ostschweiz
empfiehlt:**

**IVES NOËL
BALMER**

zur Wahl in den

REGIERUNGSRAT



Yves Noël Balmer ist 40 Jahre alt und in Herisau aufgewachsen. Seit zehn Jahren arbeitet er als Leiter Vertrieb und Marketing bei der Peter Hahn AG mit Sitz in Herisau.

Seit 2009 ist er Einwohnerrat in Herisau und Kantonsrat. Er ist Mitglied der Staatswirtschaftlichen Kommission, der Kommission für Finanzausgleich und Finanzaufsicht sowie der Umwelt- und Gewässerschutzkommission.

Seit 2010 präsidiert er erfolgreich die SP AR. Als Präsident des Vereins Cinetreff Herisau leistet er einen gewichtigen Beitrag zum kulturellen Leben im Kanton.



Wie in vielen anderen Ländern demonstrieren wir Frauen* auch in der Schweiz für Gleichstellung, gegen Sexismus und gegen Diskriminierung. Aber dieses Mal wollen wir weitergehen, bis zum Frauen*streik, einem feministischen Streik, am 14. Juni 2019!

Wir warten nicht mehr länger! Vor 37 Jahren hat die Bevölkerung einen Verfassungsartikel zur Gleichstellung von Männern und Frauen angenommen. Vor 22 Jahren trat das Gleichstellungsgesetz in Kraft. Dennoch sind unsere Löhne und Renten immer noch tiefer. Wir arbeiten Teilzeit, weil wir zwei Drittel der Hausarbeit, wie Haushalt, Küche, Wäsche sowie die Betreuung und Pflege für Kinder, Grosskinder, kranke und pflegebedürftige Angehörige bewerkstelligen. Ohne diese unbezahlte Arbeit, die zum Wohlstand bedeutend beiträgt, würde die Schweiz ganz einfach nicht funktionieren. Diese Arbeit muss endlich besser anerkannt werden!

Wir haben genug von Sexismus und von allen anderen Formen der Gewalt. Gleichstellung heisst: Leben ohne Angst vor Angriffen, arbeiten ohne Angst vor Belästigung, nach Hause zu kommen ohne Angst vor Schlägen und

Misshandlungen. Wir fordern Respekt für unseren Körper und unser Leben! Alle Formen der Gewalt gegen Frauen* müssen aufhören. Unser Recht auf Selbstbestimmung muss anerkannt werden.

Wir wollen eine Gesellschaft, die auf Gleichstellung und Solidarität beruht: ohne Diskriminierung, ohne Sexismus und ohne Gewalt gegen Frauen*. Dies soll für alle, unabhängig von unserer Hautfarbe, Kultur, Herkunft, Religion, Nationalität, unserer sexuellen Orientierung, Geschlechteridentität, unserem Alter oder unserer sozialen Stellung gelten!

Deshalb streiken wir am 14. Juni 2019!

Wir werden überall streiken, nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch zu Hause. Je nachdem, wo wir sind und wie wir leben, werden wir unterschiedlich streiken: Arme verschränken, während ein paar Momenten oder während des ganzen Tages, stören statt aufzuräumen, am Tag und in der Nacht unsere Strassen und den öffentlichen Raum für uns besetzen. Unser Streik richtet sich nicht gegen die Männer, sondern gegen das Patriarchat, das ausgedient hat! Am 14. Juni 2019 sind die solidarischen Männer eingeladen, die streikenden Frauen* zu unterstützen.

Schliess dich uns an!

Einladung zur Komiteegründung

**Frauen*streik
2019 Region
Ostschweiz**

Sonntag

13. Januar 2019

14 bis ca.16 Uhr

**im Waaghaus, am
Bohl, St.Gallen**

**Für Familienfrauen
haben wir einen
Kinderhütendienst
organisiert.**

**Die detaillierte
Einladung
verschicken wir per
Mail.**

**Gebt die Einladung
an eure Kolleginnen
weiter!**

Umkleiden ist Arbeitszeit!

Wenn sich das Spitalpersonal für die Arbeit umkleiden muss, ist das Teil der Arbeit und somit Arbeitszeit.

Das ist rechtlich eindeutig. Leider anerkennen jedoch die meisten Spitäler diese Zeit nicht als Arbeitszeit an und enthalten so jedem einzelnen Arbeitnehmer und jeder einzelnen Arbeitnehmerin jährlich bis zu 2 Wochen Lohn vor, also bis zu einem halben Monatslohn.

Von dieser unzulässigen Praxis sind neben dem Pflegepersonal auch andere Mitarbeitenden mit PatientInnenkontakt (Physio- und Ergotherapeuten, ÄrztInnen, Hotellerie, Putzdienst, PatientInnenbegleitdienst usw.) betroffen.

Der VPOD sagt nun: Schluss damit! Unterstütze unsere Forderungen und nimm an unserer Umfrage teil. Wir möchten gerne von dir erfahren,



wieviel unbezahlte Umkleidezeit bei jedem Arbeitseinsatz anfällt.

Die Resultate der Umfrage werden unsere Forderung nach einem Ende dieser Praxis entscheidend stärken.

Der Link zur Umfrage:
<https://ostschweiz.vpod.ch/themen/umkleiden-ist-arbeitszeit/>



LOHNENTWICKLUNG 2019 IN DER REGION OSTSCHWEIZ

| | SG | Stadt SG | TG | Stadt Frauenfeld | Spital Thurgau | Wäscherei Bodensee | Arbon | AR |
|---|-------------|-------------|--------------|------------------|----------------|--------------------|-------------|-------------|
| Individuell | 0.4% | 1.0% | 0.4% | 0.65% | 0.5% | 0.5% | 0.5% | 0.7% |
| Teuerung | | 0.0% | 0.0% | | 0.0% | | | |
| Reallohn | 0.0% | 0.0% | 0.3% | | 0.5% | 0.5% | 0.5% | 0.0% |
| Strukturelle Anpassungen | 0.4% | | | | 0.25% | 0.2% | 0.0% | 0.0% |
| Total | 0.8% | 1.0% | 0.7% | 0.65% | 1.25% | 1.2% | 1.0% | 0.7% |
| Zusätzliche ausserordentliche Leistungsprämie | | | Fr. 0.5 Mio. | 0,1% | 0.05% | | | 0.2% |

Impressum:

Offizielles Organ des
vpod Ostschweiz

Herausgeberin:

VPOD Sekretariat

Zwinglistrasse 3

9001 St.Gallen

Tel: 071 223 80 43

www.vpod-ostschweiz.ch

Dezember 2018

erscheint 4x jährlich

Redaktion:

Maria Huber

An dieser Ausgabe haben
mitgearbeitet:

Maria Huber

Matthias Graf

Fortunat Ferrari

Druck: Typotron St.Gallen

Jetzt erst recht!
Solidarisch zusammen-
und widerstehen!

GESUNDHEITSKONFERENZ 2019

VOM 14. BIS 15. MÄRZ, ALTES SPITAL, SOLOTHURN

Am 14./15. März 2019 findet in Solothurn die nächste Verbandskonferenz Gesundheit statt. Wer sich für eine Teilnahme interessiert, soll sich so rasch als möglich anmelden.

Das Programm kann unter info@vpod-ostschweiz.ch angefordert werden. Die Teilnehmenden erwartet ein spannendes Programm zu aktuellen gesundheitspolitischen Themen. Hier eine Auswahl:

- Das Gesundheitswesen vor dem Kollaps. Warum ist das so? Was ist zu tun?
- Ambulant vor stationär: Fallstricke und Chancen
- Es geht auch anders: Das Beispiel Buurtzorg aus den Niederlanden

Anmeldung bis **15. Januar 2019** per Mail an info@vpod-ostschweiz.ch. Weitere Auskünfte erteilen Maria Huber, Regionalsekretärin und Patrizia Amaechi, administrative Mitarbeiterin.

Wir suchen auch interessierte Mitglieder für die Gesundheitskommission. Infos können per Mail info@vpod-ostschweiz.ch angefordert werden.

Januar

13. Januar: Frauen*streik 2019, Komitee Gründung Ostschweiz
Waaghaus, St.Gallen

21. Januar: Vorstand Gruppe Bildung

Februar

14. Februar: Vorstand Gruppe Gesundheit

19. Februar: Vorstand Gruppe Bildung

27. Februar: Vorstand Thurgauer Gewerkschaftsbund

März

4. März: HV Gruppe VBSG, Restaurant Neueck, St.Gallen

12. März: Vorstand Gruppe Bildung

14./15. März: Gesundheitskonferenz 2019
Altes Spital Solothurn

27. März: Vorstand Thurgauer Gewerkschaftsbund

November

8./9. November: VPOD-Kongress in St.Gallen